



# ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

44. hét

2019.10.28.

## ZUSAMMENFASSUNG

**Ungarische Innenpolitik** – *Skandalpolitisieren im Parlament, friedliches Gedenken am Nationalfeiertag:*

Der fraktionslose Abgeordnete Ákos Hadrózy beschädigte mit seiner Aktion in der vergangenen Woche das Image des Parlaments als wichtigstem Organ der auf der Volksvertretung beruhenden Demokratie. Es ist die Pflicht der gewählten Abgeordneten, zum erfolgreichen Betrieb des Parlaments beizutragen, das Verhalten von Hadrózy lief diesem Anliegen jedoch zuwider.

**Wirtschaftspolitik** – *Die Lage des ungarischen Budgets und Staatshaushaltes ist außerordentlich stabil:*

Wegen des Abschwungs auf den für die ungarische Volkswirtschaft maßgeblichen Außenmärkten wird die ungarische Gesetzgebung in den folgenden zwei Monaten an der Ausarbeitung eines neuerlichen Aktionsplans zum Schutz der Wirtschaft wirken. Die wichtigsten makroökonomischen Indikatoren entwickeln sich günstig, die Berechenbarkeit der fiskalischen Politik ist beispielhaft in der Europäischen Union.

**Außenpolitik, Außenwirtschaft** – *Die Lage in Nordsyrien stabilisiert sich:*

Die Türken kamen mit den Russen überein, gemeinsame Militärstreifen in der 30 Kilometer tief eingerichteten Sicherheitszone vorzunehmen. Die USA ließen in der Gegend nur noch eine minimale Militärmission zurück, um die Ölfelder abzusichern. Die ungarische Regierung steht auf dem Standpunkt, dass die aktuelle Entwicklung die Region stabilisiert und verhindern dürfte, dass sich ein weiterer Flüchtlingsstrom mit mehreren Millionen Menschen in Richtung Balkan auf den Weg macht. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte hat Ungarn in Brüssel eine Erklärung mit dem Veto belegt, in der die Türkei verurteilt werden sollte.

**Nachrichten, die Beachtung verdienen** – *Anfang Dezember dürfte sich die neue Europäische Kommission konstituieren:*

An Stelle des 1. November wird die neu zusammengesetzte Europäische Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen erst Anfang Dezember ihr Amt antreten können. Wenngleich auch weiterhin die Europäische Kommission unter Jean-Claude Juncker die Amtsgeschäfte führt, gelten mittlerweile andere Regelungen für ihre Tätigkeit.

## UNGARISCHE INNENPOLITIK

### SKANDALPOLITISIEREN IM PARLAMENT, FRIEDLICHES GEDENKEN AM NATIONALFEIERTAG

Der ehemalige LMP-Politiker Ákos Hadházy entstaubte einzelne Elemente der bereits am 12. Dezember 2018 einmal angewandten Strategie, indem er versuchte, die Rede des Ministerpräsidenten vor dem Parlament mit obszönen Schildern und einem eigenwilligen Auftritt zu stören. Die Anwendung der Alinsky-Methode ist nicht neuartig, aber eine umso schädlichere politische Methode der Obstruktion.

Saul Alinsky fasste in seinem 1971 geschriebenen Werk „Rules for Radicals“ in 13 Punkten zusammen, wie eine Person aus ihrem radikalen Auftreten politische Vorteile erlangen kann, indem sie dieses Auftreten als Strategie anwendet. Im vergangenen Dezember wandten die Oppositionsfraktionen im Parlament in abgestimmter Weise die Alinsky-Methode an, dieses Mal übertrug derweil nur ein einziger fraktionsloser Abgeordneter die Methode in die Praxis, wozu die übrigen Oppositionspolitiker lediglich assistierten. Die Aktion von Ákos Hadházy kam einer Kamikaze-Attacke gleich, mit dem alleinigen Ziel, Schaden anzurichten. Denn die Einstellung des Abgeordneten ist weder demokratisch, noch dient sie einer Stärkung des Parlamentarismus. Obendrein erscheint der Wirkungsgrad der Aktion fraglich – während sich Alinsky dafür aussprach, kontinuierlich Konflikte zu generieren. Die Opposition hat nämlich im Parlament nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, scharfe, wenn man so will unangenehme Fragen aufzuwerfen, was jedoch in einem institutionellen Rahmen erfolgen soll: Dazu dienen die Stunden der Fragen und Antworten oder aber Interpellationen. Ákos Hadházy politisierte früher in der LMP, welche Partei er nach wiederholten Meinungsverschiedenheiten verließ, um seine Tätigkeit im Parlament anschließend als fraktionsloser Politiker fortzusetzen. Zuvor schloss er sich kurzzeitig der Bewegung seines Verwandten Péter Márki-Zay an, doch sein Wirken erwies sich auch dort wieder von nur kurzer Dauer. Der Abgeordnete verfolgt das Ziel, als Provokateur im Auftrage anderer eine Nachfrage für diese Art eines politischen Stils zu schaffen, den er in der vergangenen Woche vertrat. Schließlich möchte er 2022 auf der Liste einer Partei – und noch dazu in einer aussichtsreichen Position – die Chance erhalten, auch weiterhin als Abgeordneter im Parlament tätig sein zu können.

Abgesehen von der skandalösen Parlamentssitzung vom Montag bestimmten die Veranstaltungen rund um den 23. Oktober die Innenpolitik der vergangenen Woche. Die Rede von Ministerpräsident Viktor Orbán in der Musikakademie war nicht nur im würdevoll feierlichen Ton gehalten, sondern erinnerte zugleich an den Geist des Freiheitskampfes von 1956. Die Gedenkfeiern der Opposition liefen allgemein ohne Probleme über die Bühne, mit Ausnahme der Jobbik, auf deren Veranstaltung am Corvin köz Anhänger der früheren Ausrichtung der Partei einen Streit mit der heutigen Jobbik-Führung vom Zaun brachen, die gemeinsame Sache mit der Linken macht.

## UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

### DIE LAGE DES UNGARISCHEN BUDGETS UND DES STAATSHAUSHALTS IST AUSSERORDENTLICH STABIL

Das für das Gesamtjahr 2019 kalkulierte Defizit nach EU-Methodik von 1,8 Prozent am BIP befindet sich auch weiterhin in Reichweite, nachdem die realwirtschaftlichen Prozesse – wie ein BIP-Wachstum von mehr als 5 Prozent in den ersten zwei Quartalen – das Gleichgewicht des Staatshaushalts sicherstellen. Im September ergab sich ein Überschuss im Staatshaushalt in Höhe von 207,2 Milliarden Forint, woraufhin im Zeitraum vom 1. Januar bis Ende September 2019 ein kumuliertes Defizit des Staatshaushalts von 303,6 Milliarden Forint auflief.

Das Finanzministerium stellte in der vergangenen Woche die Lage des Staatshaushaltes mit Stand Ende September 2019 vor. Im Monat September schloss der Staatshaushalt mit einem Überschuss. Der Fiskus konnte EU-Gelder im Volumen von 464,4 Milliarden Forint als Einnahmen verzeichnen, so dass in den ersten neun Monaten des Jahres insgesamt 931,7 Milliarden Forint an Fördermitteln der Europäischen Union in den ungarischen Staatshaushalt einfließen. Bis Ende September 2019 erreichten die Auslagen für EU-Projekte derweil 1.077,4 Milliarden Forint. Auf der Einnahmenseite des Budgets flossen bei der Umsatzsteuer bis Ende September gleich 77,5 Prozent der für das Gesamtjahr eingeplanten Einnahmen ein, bei der Einkommensteuer waren es 75,2 Prozent der Jahresvorgabe, während bei den Sozialabgaben einschließlich Renten- und Krankenkasse sowie Arbeitsmarktabgabe 73,5 Prozent der Vorgabe erfüllt wurden. Der Haushalt befindet sich in einem stabilen Zustand, denn während 2018 im Zeitraum Januar-September bereits 112 Prozent der Jahresvorgabe „erfüllt“ waren, sind es momentan nur 33 Prozent. Das erklärt sich vor allem daraus,

dass sich die Einnahmen des Staatshaushalts bis Ende September 2019 auf 15.543,8 Milliarden Forint summierten und damit den zeitanteiligen Betrag aus dem Vorjahr um 12,1 Prozent oder 1.678,2 Milliarden Forint übertrafen.

Allerdings sind die günstigen Zahlen auch vonnöten, nachdem das ungarische Parlament gemeinsam mit der Regierung in den folgenden zwei Monaten daran arbeiten wird, einen neuerlichen Aktionsplan zum Schutz der Wirtschaft zu lancieren. Ministerpräsident Viktor Orbán erklärte in seinem Freitag-Interview für das Kossuth-Radio, dass bereits an diesem Mittwoch ein neues Maßnahmenpaket im Parlament vorgelegt werde, in dem ein neues, durch den Rat für Wettbewerbsfähigkeit erarbeitetes Berufsbildungsprogramm enthalten sein wird. Die Regierung verfolgt ihre Ambitionen, das Wachstumstempo der ungarischen Volkswirtschaft gemessen am BIP auch in einem europäischen Wirtschaftsumfeld des Abschwungs um mindestens zwei Prozentpunkte über dem europäischen Durchschnitt zu halten. Auf diese Weise könne die Anhebung von Löhnen und Gehältern garantiert und das Lebensniveau verbessert werden. Der Ministerpräsident mahnt wegen der Schwäche der deutschen Industrie zur Vorsicht, weil die Leistung an den Außenmärkten einbrechen könnte.

## AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

### DIE LAGE IN NORDSYRIEN STABILISIERT SICH

Russland hat ein Kontingent an Militärpolizisten nach Nordsyrien entsandt, um gemeinsam mit der türkischen Armee den Abzug der Streitkräfte der kurdisch geführten SDF aus der 30 Kilometer tief eingerichteten Sicherheitszone zu überwachen. Die Führung der regulären syrischen Armee, die hinter Präsident Baschar al-Assad steht, versicherte Moskau und Ankara ihrer Unterstützung. Es bekräftigt den Standpunkt der ungarischen Regierung, dass die Verdrängung fremder Milizen aus der Region neuerlichen Konflikten Vorschub leisten wird und die Türkei nun mit der Rückmeldung von 3,6 Millionen Kriegsflüchtlingen von ihrem Territorium beginnen kann.

Die Regierung Ungarns möchte unbedingt verhindern, dass ein neuer Flüchtlingsstrom mit womöglich mehreren Millionen Menschen aus Richtung Syrien in die Europäische Union drängt. Würde dies eintreten, stellte das ein enormes Sicherheitsrisiko dar, und zwar gleichermaßen für die Länder des Balkans als auch für Ungarn, nachdem sich an der ungarisch-serbischen Grenze ein

neuerlicher Stau der Migranten ergeben könnte. „Es liegt im Interesse Ungarns, dass die Türkei ihre Tore vor den Migranten Richtung Syrien öffnet“, sagte Ministerpräsident Viktor Orbán am Freitag im Programm „Guten Morgen Ungarn!“ im Kossuth-Radio. Das Dilemma einer bürgerkriegsähnlichen Lage, die sich in die Länge zieht, und von neu aufflammenden Aktivitäten der Terrororganisation des Islamischen Staates lässt sich mit der einen Frieden herbeiführenden Offensive der türkischen Armee vermeiden. Sobald die kurdischen YPG-Milizen ihre Militärbasen in dem Gebiet liquidiert haben, beginnt die Regierung in Ankara mit der Rückführung der in der Türkei angesiedelten syrischen Flüchtlinge. Die Verteidigungsminister der Türkei und Russlands schlossen nicht aus, dass es weitere Militäraktionen gegen versprengt in der Region aktive Terroristen geben könnte, gleich ob diese dem Islamischen Staat oder anderen radikalen Gruppierungen zugehörig sind. Auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg war nicht bereit, die „Quelle des Friedens“ genannte Offensive der Türken am Donnerstagabend auf dem Treffen der Verteidigungsminister der NATO-Staaten zu verurteilen. Die bundesdeutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer brachte ebenfalls am Donnerstag ihren Plan ins Spiel, in Nordsyrien sollte eine internationale Schutzzone unter der Ägide der UNO eingerichtet werden. Diese Idee wurde von Ankara und Washington unterstützt. Kramp-Karrenbauer meinte, die Militärstreifen an der türkisch-syrischen Grenze sollten nicht allein Aufgabe Moskaus und Ankaras sein. Der Gastgeber des Treffens, der Verteidigungsminister Belgiens, lehnte diesen Vorstoß prinzipiell nicht ab. Die Vereinigten Staaten können die Idee ebenfalls unterstützen, doch wolle Washington keine Soldaten für die Mission stellen. Das begründeten die USA damit, dass die europäischen Länder mehr Engagement in der Krisenregion zeigen müssten. Das ungarische Veto gegen die früher vorgesehene Deklaration der Europäischen Union erwies sich somit als berechtigt, denn die Anwendung einer die Türkei als „Soft Tool“ verurteilenden Erklärung hätte keine positiven Effekte gehabt.

## NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

### ANFANG DEZEMBER KÖNNTE DIE NEUE EUROPÄISCHE KOMMISSION AUFSTEHEN

Der für den 1. November geplante Amtsantritt der neuen Europäischen Kommission wird sich um mindestens einen Monat verzögern, denn die designierte Präsidentin wartet auf Vorschläge für weitere Kandidaten von Seiten der Mitgliedstaaten.

Nun ist gewiss, dass sich der ursprünglich für den 1. November vorgesehene Amtsantritt der neuen Europäischen Kommission um mindestens einen Monat verzögern wird, teilte der Sprecher des Europäischen Parlaments (EP), Jaume Duch Guillot, am vergangenen Mittwoch mit. Wie er informierte, sei das EP bei Vorliegen der entsprechenden Begleitumstände bereit, die Zusammensetzung der neuen Kommission rechtzeitig zu bestätigen, damit das Brüsseler Gremium unter Leitung von Ursula von der Leyen Anfang Dezember zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten kann. Die designierte Präsidentin bat in der vergangenen Woche Frankreich um einen neuen Kandidaten an Stelle von Sylvie Goulard, ähnlich wie zuvor bereits im Falle Ungarns und Rumäniens, deren Kandidaten László Trócsányi und Rovana Plumb unter Berufung auf eine Unvereinbarkeit ihrer Positionen vom Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments abgelehnt worden waren. Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron schlug am vergangenen Donnerstag den früheren französischen Wirtschafts- und Finanzminister Thierry Breton als Kandidaten für die Kommission vor. Der 64-jährige Breton kennt abgesehen von seinen politischen Erfahrungen auch die Unternehmenswelt sehr gut, nachdem er seit 2008 den Informationstechniekonzern Atos leitete. Sollte der Abschied des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union einen weiteren Aufschub erleiden, müsste zudem auch die britische Regierung ein Mitglied in die neue Europäische Kommission entsenden, teilte die neue Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, am Donnerstag mit. Wie sie begründete, werden die verbleibenden Mitgliedstaaten eine Bitte Londons um Verlängerung der Austrittsprozedur mit großer Wahrscheinlichkeit billigen, wobei es vorläufig noch keine Vereinbarung hinsichtlich deren Zeitdauer gibt. Sollte es jedoch zu einer Verschiebung des Brexit-Datums kommen, wird sie Großbritannien auf jeden Fall bitten, einen Kandidaten zu benennen.

## PROGNOSE

- Es ist zunehmend unwahrscheinlicher, dass Großbritannien gemäß der früher getroffenen Entscheidung bezüglich eines Aufschubs die Europäische Union am 31. Oktober verlassen wird. Der Brexit-Prozess nahm seinen Anfang mit dem Volksentscheid vom 23. Juni 2016. In den seither verstrichenen drei Jahren gelang es jedoch keiner einzigen Regierung, die innenpolitischen Bedingungen für den Austritt zu schaffen. Premier Boris Johnson versucht nun, das britische Unterhaus mit der Androhung vorgezogener Parlamentswahlen in Schach zu halten.

Im Laufe des heutigen Tages regt die britische Regierung, wie sie es früher in Aussicht gestellt hatte, die Ausschreibung vorgezogener Parlamentswahlen an, über welchen Antrag die Abgeordneten debattieren und anschließend abstimmen werden. Premierminister Boris Johnson sieht deshalb eine Notwendigkeit für vorgezogene Wahlen im Dezember, weil die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten mehr Bedenkzeit wünscht, um die Bedingungen der Vereinbarung über die Beendigung der britischen EU-Mitgliedschaft realistisch beurteilen zu können, welchem Wunsch die Regierung Großbritanniens auf diese Weise nachkommen würde. Wenngleich Johnson selbst keinen Aufschub wünscht, rechnet er doch damit, dass die EU-Staats- und Regierungschefs ihm diesen gewähren werden. Das britische Unterhaus unterstützte am vergangenen Dienstag eine für Johnson wichtige Abstimmung, als die Abgeordneten dem Gesetzentwurf über die Brexit-Vereinbarung mit der EU zustimmten. Der britische Premierminister argumentiert auch deshalb pro Neuwahlen, weil die Konservativen nach aktuellen Meinungsumfragen mit 37 Prozent deutlich in Führung liegen, während die Labour 22 Prozent, die Liberaldemokraten 19 Prozent und die Brexit-Partei von Nigel Farage 11 Prozent der Stimmen erhalten würden. Ausgehend davon wäre in dem britischen Wahlsystem des „first past the post“ für die Tories sogar der Gewinn einer absoluten Mehrheit denkbar. Schon die vorherige Premierministerin Theresa May regte 2017 vorgezogene Wahlen an, die sie jedoch infolge eines schlechten politischen Wahlkampfes verlor.